

Stand: 13.05.2026 23:42:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9910

"Für eine nachhaltige und sozial gerechte Landespolitik: Bayern zum Fairtrade-Bundesland machen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9910 vom 04.02.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11548 des BU vom 10.03.2026
3. Beschluss des Plenums 19/11623 vom 21.04.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 21.04.2026



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Florian von Brunn, Sabine Gross, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Für eine nachhaltige und sozial gerechte Landespolitik: Bayern zum Fairtrade-Bundesland machen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass

- der Faire Handel weltweit menschenwürdige Arbeitsbedingungen fördert und faire Einkommen sichert sowie ökologische und soziale Standards entlang globaler Lieferketten.
- für ein wirtschaftsstarkes Bundesland wie Bayern daraus eine besondere politische Verantwortung erwächst, diese Prinzipien aktiv voranzubringen.
- der öffentlichen Hand dabei eine zentrale Vorbildfunktion zukommt, insbesondere durch die konsequente Umsetzung der Grundsätze des fairen Handels in der öffentlichen Beschaffung.
- der Faire Handel in Bayern systematisch zu stärken ist. Bayern soll als Fairtrade-Bundesland zertifiziert werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- einen verbindlichen Fahrplan zur Erfüllung der Kriterien von Fairtrade Deutschland vorzulegen und den Zertifizierungsprozess bis spätestens Ende 2026 einzuleiten,
- eine landesweite Steuerungsgruppe zur Koordinierung des Prozesses einzurichten sowie bayerische Bildungseinrichtungen aktiv auf dem Weg zu Fairtrade-Einrichtungen zu unterstützen,
- die öffentliche Beschaffung des Freistaates so weiterzuentwickeln, dass soziale, ökologische und faire Kriterien verbindlich berücksichtigt werden,
- in allen Staatsministerien Fairtrade-Produkte anzubieten; bestehende Teilangebote auf alle relevanten Produktkategorien auszuweiten, flächendeckend einzuführen und bei geeigneten Maßnahmen und Veranstaltungen der jeweiligen Ressorts Perspektive des Fairen Handels einzubeziehen,
- den Landtag regelmäßig über den Stand der Umsetzung und den Fortschritt im Zertifizierungsprozess zu unterrichten.

Begründung:

In Bayern ist der Faire Handel auf kommunaler Ebene, in Bildungseinrichtungen und in der Zivilgesellschaft bereits breit verankert. Zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise sind als Fairtrade Towns ausgezeichnet, hinzu kommen zahlreiche Fairtrade-Schulen, Fairtrade-Hochschulen sowie kirchliche und zivilgesellschaftliche Initiativen.

Bereits im Jahr 2016 verständigten sich alle Fraktionen im Rahmen der Entwicklungspolitischen Leitlinien darauf, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung voranzubringen und den Fairen Handel zu fördern. Der Landtag beschloss damals einstimmig den Ausbau entsprechender Strukturen, insbesondere die stärkere Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien, auch auf kommunaler Ebene. Vor diesem Hintergrund ist der Weg hin zu einem Fairtrade-Bundesland der nächste konsequente Schritt.

In einzelnen Staatsministerien werden bereits Fairtrade-Produkte wie Kaffee, Tee oder Schokolade angeboten, häufig jedoch lediglich punktuell über einzelne Kantinen oder spezifische Vertragsregelungen. Eine verbindliche, landesweit einheitliche Regelung besteht bislang nicht. Für die Zertifizierung als Fairtrade-Bundesland ist es erforderlich, dass in allen Staatsministerien fair gehandelte Produkte konsequent genutzt werden. Dies schafft Transparenz, setzt ein klares politisches Signal und bündelt bestehende Teilinitiativen zu einer landesweit verbindlichen Strategie Regelung.

Mit der Auszeichnung des Saarlands als erstes Fairtrade-Bundesland wurde gezeigt, dass eine koordinierte Landesstrategie, ein Grundsatzbeschluss und eine Steuerungsgruppe zentrale Erfolgsfaktoren sind.

Bayern erfüllt bereits wesentliche Voraussetzungen, benötigt jedoch eine aktive politische Steuerung durch die Staatsregierung, um bestehende Initiativen zu bündeln, sichtbar zu machen und dauerhaft zu verankern.

Die regelmäßige Re-Zertifizierung stellt sicher, dass die Standards überprüft und weiterentwickelt werden. Auf diese Weise kann Bayern seiner landespolitischen Verantwortung gerecht werden und ein deutliches Signal für eine nachhaltige, faire und global verantwortliche Landespolitik setzen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Gießhammer,
Volkmar Halbleib u.a. SPD
Drs. 19/9910**

Für eine nachhaltige und sozial gerechte Landespolitik: Bayern zum Fairtrade-Bundesland machen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Markus Rinderspacher**
Mitberichterstatter: **Peter Wachler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 10. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Ulrike Müller
Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Florian von Brunn, Sabine Gross, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Drs. 19/9910, 19/11548

**Für eine nachhaltige und sozial gerechte Landespolitik:
Bayern zum Fairtrade-Bundesland machen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 6)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 6)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, AfD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Ebenso nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich danke für die konstruktive Beratung und wünsche einen schönen Abend. Bis morgen um 9 Uhr.

(Schluss: 19:24 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. März 2026 (Vf. 7-VII-26) betreffend
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 26 Abs. 5 Satz 2 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch die §§ 7, 8 und 9 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643) geändert worden ist,
 2. „ersatzweise“ des Art. 69 BayBeamtVG „i. V. m.“ Art. 35, 36 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch die §§ 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643), geändert worden ist, und der Anlage 5 (Orts- und Familienzuschlag) zu diesem Gesetz

PII-3001-2-46
 Drs. 19/11565 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
 Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. März 2026 (Vf. 8-VII-26) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 31 Abs. 3 der Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, 797, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist
PII-3001-2-47
Drs. 19/11566 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Für eine kosteneffiziente Energiewende:
Mehr Technologieoffenheit in der Kraftwerksstrategie sicherstellen
Drs. 19/9258, 19/11554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anpack-Pakt 2026 – Abmachungen aus dem Zukunftsvertrag
Landwirtschaft 2023 endlich einlösen
Drs. 19/9371, 19/11546 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Planungsbeschleunigungs- und Bürokratieabbaupaket für
Infrastrukturvorhaben
Drs. 19/9386, 19/11555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gentechnik-Kennzeichnung sichern – Wahlfreiheit erhalten –
Bayern gentechnikfrei bewahren
Drs. 19/9391, 19/11539 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Thomas Huber, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht der Beauftragten der Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene
Drs. 19/9667, 19/11538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausrichtung praxisrelevanter Digitalisierung an den Erfordernissen der ambulant tätigen Praxen
Drs. 19/9704, 19/11543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schaffung eines Praxen-Zukunfts-Gesetz (PZG) zur Förderung notwendiger Investitionen für die Modernisierung der IT-Ausstattung und Gewährleistung von Informations- und Cybersicherheit in den Praxen von niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten
Drs. 19/9705, 19/11544 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Helmut Schnotz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Situation des Borna Disease Virus 1 (BoDV-1) in Bayern mit besonderem Blick auf die Gemeinde Maitenbeth im Landkreis Mühldorf am Inn und Pfaffenhofen an der Ilm.
Drs. 19/9708, 19/11545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit –
Gegen ein Sonderstrafrecht für politische Eliten und gegen staatliche Kontrolle öffentlicher Debattenräume
Drs. 19/9858, 19/11559 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Griebhammer, Doris Rauscher u.a. SPD
Kein Steuergeld für Wirtschaftsgipfel am Tegernsee –
Compliance-Prüfung in Sachen Weimer veröffentlichen!
Drs. 19/9883, 19/11556 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Für eine nachhaltige und sozial gerechte Landespolitik:
Bayern zum Fairtrade-Bundesland machen
Drs. 19/9910, 19/11548 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Andrea Behr, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einsatz von Klärschlammasche als Düngemittel –
„End of Waste“-Regelung vorantreiben
Drs. 19/9977, 19/11540 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teure fossile Abhängigkeiten beenden –
Erdölbohrungen in Bayern stoppen
Drs. 19/9991, 19/11557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung nachhaltiger Textilkreisläufe – Bewusstseinsbildung zu "Fast Fashion" verstärken
Drs. 19/9996, 19/11541 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürokratieabbau beim Einweg-Kunststoff-Fonds-Gesetz (EWKFondsG) – EU-Richtlinienkonforme und mittelstandsfreundliche Auslegung durch das Umweltbundesamt sicherstellen
Drs. 19/10003, 19/11542 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Direktvermarkter & Co. entlasten. Herstellerverantwortung für Verpackungen und Abfälle ja – Bürokratie nein!
Drs. 19/10027, 19/11459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Land für Landwirte – Doppelbesteuerung beim Vorkaufsrecht abschaffen!
Drs. 19/10054, 19/11547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leere Gasspeicher - Versorgungssicherheit in Bayern wiederherstellen
Drs. 19/10071, 19/11558

Der Antrag wird für erledigt erklärt.